

Zu großer Aufwand für eine Minderheit

Natürlich ist es von Bedeutung zu wissen, wer Regierender Bürgermeister von Berlin ist und werden soll. Bei einer regulären Abgeordnetenhauswahl darf man als einer von 2,5 Mio. wahlberechtigten Berlinern mitentscheiden. Wenn aber, wie in diesen Tagen, der Amtsinhaber aufhört, dann ist es vornehmlich die Aufgabe seiner Partei, einen Nachfolger zu nominieren. 17.000 Mitglieder hat angeblich die SPD, das sind 0,68% der Wahlberechtigten. Und diese allein, unbeschadet der Rechte des Abgeordnetenhauses, entscheiden, ob Michael Müller, Raed Saleh oder Jan Stöß Klaus Wowereit nachfolgt.

Es wird allerdings von den Medien ein Wahlkampf veranstaltet, als können wir alle mitentscheiden. Was sollen diese unsinnigen Umfragen? Gefragt werden im Wesentlichen Bürger, die gar keine Briefwahlunterlagen bekommen. Und auch die Aufteilung der Werte in allgemein und parteinah hat keine Aussagekraft. Was heißt parteinah? Abstimmen darf nur derjenige, der ein Mitgliedsbuch hat. Völlig unverständlich ist mir, dass die vier Mitgliederforen öffentlich sein sollen, also auch für die Medien und Nichtparteimitglieder. Das würde ich mir als Parteimitglied verbitten. So finden öffentliche Showveranstaltungen statt, die überhaupt keinen Wert haben.

Wie viele Mitglieder werden denn an den Foren teilnehmen? Vielleicht insgesamt 1.000 von 17.000? Meistens sind es ohnehin nur die Funktionäre und nicht die „einfachen“ Mitglieder, die sich auf den Weg zu den Versammlungsstätten machen. Der große Teil, gerade der älteren Mitglieder, erscheint höchstens einmal im Jahr zum Abteilungssommerfest oder zur Neuwahl des Vorstandes. Wer Mitglied in einer Partei wie der SPD ist, stellt allein damit schon sein gesellschaftspolitisches Interesse unter Beweis. Jedes SPD-Mitglied wird wissen, wer Michael Müller, Raed Saleh oder Jan Stöß ist und eine Meinung über diese haben.

Wenn am 19. September, einem Freitag, die Wahlunterlagen versandt werden, kann man davon ausgehen, dass die Briefe am 22. oder 23. September bei den Empfängern sind. Und dann? Niemand lässt doch so einen Brief lange bei sich rumliegen. Also: aufgemacht, angekreuzt, zurückgeschickt. Ich gehe davon aus, dass spätestens Ende September die meisten Briefe wieder in dem Postkasten der Parteizentrale angekommen sein werden. Bis dahin hat gerade ein Mitgliederforum stattgefunden.

Aber die Medien beglücken die 99,32 % der Wahlberechtigten, die nicht in der SPD sind, mit einem ständig währenden Wahlkampf. Die Berliner Abendschau opfert drei Minuten für einen Kandidaten-Chek, am 3. September durfte uns Raed Saleh erzählen, warum ihn seine Genossen wählen sollen, in den nächsten Tagen folgen Michael Müller und Jan Stöß. Ich finde, das ist ein zu großer Aufwand für eine Minderheit, auch wenn die SPD Berlin insgesamt natürlich eine wichtige Gruppe in unserer Gesellschaft ist.

Wirklich auf die Nerven geht mir aber die Berichterstattung über die möglichen Personalentscheidungen der Kandidaten. Der Tagesspiegel berichtet

exklusiv darüber, dass Jan Stöß im Falle einer Wahl zum Regierenden Bürgermeister auch Kultursenator werden will. Abgesehen davon, dass es wenig schlau ist, in einem Wahlkampf, wenn auch innerparteilich, bestimmten Zeitungen etwas exklusiv zu verraten, so ist die Aussage als solche blanker Unsinn.

In der Koalitionsvereinbarung zwischen SPD und CDU steht unter Ressortverteilung: „Die SPD stellt den Regierenden Bürgermeister, Bevollmächtigte/r Bund/ Europa und Kulturelle Angelegenheiten; Finanzen; Bildung, Jugend und Wissenschaft; Stadtentwicklung und Umwelt; Arbeit, Integration und Frauen.“ Fakt ist, dass Stöß, Müller oder Saleh im Falle einer Wahl automatisch auch Kultursenator wären. Der ganze Tagesspiegel-Artikel zu diesem Thema ist völlig überflüssig. Jan Stöß muss wissen, ob er damit bei seinen Leuten punkten kann.

Auch die Spekulationen über andere Senatsposten sind absurd. Eine Senatsumbildung kann es ohnehin nur unter den SPD-Senatoren geben, einschließlich des parteilosen Finanzsenators. Über den machen sich die meisten Sorgen.

Sehr hübsch auch der Satz: „Die Übernahme des Kulturressorts traut sich Stöß auch deshalb zu, weil er in der letzten Wahlperiode Stadtrat für Kultur und Bildung in Friedrichshain-Kreuzberg gewesen sei. Dasselbe Amt hatte übrigens Klaus Wowereit früher in Tempelhof inne.“ Anmerkung: Stöß war ein Jahr Kulturstadtrat, Wowereit elf.

Ich fürchte mich vor weiteren wichtigen Wahlkampfbeiträgen, exklusiv für 17.000 SPD-Mitglieder.

Ed Koch